

11.September: Fatale Fehler der deutschen Politik

Anmoderation

Anja Reschke:

Der Tag, an dem sich die Welt änderte ist jetzt fast 10 Jahre her. Und in der Tat, es hat sich viel geändert. Man kann nicht behaupten, dass die westliche Welt nach dem 11 September untätig gewesen wäre. Auch die deutsche Regierung hat Soldaten in den Krieg geschickt und arabische Präsidenten mit viel Geld unterstützt. Aber was hat er wirklich gebracht, der Kampf gegen den Terror? Stefan Buchen hat Bilanz gezogen und mit Politikern gesprochen, die in den vergangenen Jahren die Entscheidungen getroffen haben. Und selbst die räumen heute schwere Fehler ein.

Afghanistan im Sommer 2011. Immer mehr tote deutsche Soldaten. Was vor 10 Jahren als Kampf gegen den Terror begann, ist längst ein Rückzugsgefecht. Die deutschen Soldaten wollen nur noch raus.

Jürgen Chrobog hatte sich das anders vorgestellt. Als Staatssekretär im Auswärtigen Amt war er vor zehn Jahren zuständig für den Krieg gegen den Terror, wollte die Taliban für immer vertreiben. Und heute?

O-Ton

Jürgen Chrobog,

Staatssekretär Auswärtiges Amt 2001-2005:

„Die Taliban wird man wahrscheinlich ja irgendwann brauchen. Zumindest moderate Taliban, wenn es die überhaupt gibt, um dieses Land aufzubauen. Gegen sie wird es nicht laufen.“

Gegen sie wird es nicht laufen! Die Taliban greifen wieder nach der Macht in Kabul. In 10 Jahren hat sich Afghanistan einmal im Kreis gedreht.

O-Töne

Panorama: „Ist das nicht eine desaströse Bilanz nach 10 Jahren?“

Jürgen Chrobog,

Staatssekretär Auswärtiges Amt 2001-2005:

„Natürlich ist das keine günstige Bilanz. Das wissen wir alle, sind auch nicht glücklich darüber. Und auch Karzai, den wir selbst inthronisiert haben damals – mangels anderer Alternativen im Übrigen auch - sein ganzes Regime ist natürlich nicht ein Regime, das wir besonders schätzen.“

Hamid Karzai, der von „uns“ inthronisierte Präsident. Er sollte Stabilität bringen, in Wahrheit ist er ein Willkürherrscher, der Wahlen fälscht und sich bereichert. Ein falscher Freund im Krieg gegen den Terror – nicht der einzige.

Der 11. September löste eine Panikreaktion der Politik aus. Der Westen und Deutschland wollten sich vor weiteren Anschlägen schützen.

Deshalb paktierte die Bundesregierung zunehmend mit arabischen Despoten wie Gaddafi, Asad und Mubarak. Die scheinbar verlässlichen Alleinherrscher sollten die religiösen Extremisten in ihren Ländern in Schach halten. Stabilität als Garantie gegen neuen Terror.

O-Ton

Kerstin Müller,

Staatsministerin Auswärtiges Amt 2002-2005:

„Vor diesem Hintergrund waren die Regierungen im Westen, die amerikanische Regierung, die europäischen Regierungen, vor der Herausforderung, was müssen wir tun, um unsere Bevölkerungen vor solchen weiteren ähnlichen Anschlägen zu schützen.“

Als erster kam der ägyptische Staatschef Mubarak nach Deutschland, um sich als Verbündeter im Kampf gegen den Terror anzudienen. Er wusste: Berlin hängt nun an seinen Lippen.

O-Ton

Husni Mubarak,

Staatspräsident Ägypten 1981-2011:

„Die Bühne des Terrorismus ist die ganze Welt. Die Welt lebt nicht mehr in Sicherheit. Deshalb bekämpfen wir gemeinsam den Terrorismus.“

O-Ton

Gerhard Schröder,

Bundeskanzler 1998-2005:

„Wir sind miteinander der Auffassung, dass jetzt alles aufgeboten werden muss, um dem Terrorismus Herr zu werden, um ihn zu bekämpfen. Das ist ein gemeinsames Anliegen Ägyptens und Deutschlands.“

O-Ton

Stefan Weidner,

Islam-Kenner und Publizist:

„Es schien uns so als würde Mubarak unsere außenpolitischen Diktate entgegennehmen, als würde er den Terrorismus bekämpfen. De facto hat er uns ausgenutzt und mit uns gespielt.“

Auch Kanzlerin Merkel setzt die Politik des kritiklosen Paktierens mit dem ägyptischen Diktator fort, der sich so an der Macht halten kann.

Sie belohnt Mubarak mit viel Geld dafür, dass er in der ach so krisengeschüttelten Region scheinbar für Stabilität sorgt.

O-Ton

Jürgen Chrobog,

Staatssekretär Auswärtiges Amt 2001-2005:

„Ägypten war ein sonniges Urlaubsland mit guten Beziehungen, auch guten wirtschaftlichen Beziehungen, starker Entwicklungshilfe auch von unserer Seite und einem Garanten der Stabilität in der Region.“

Aber hinter der Fassade des sonnigen und stabilen Urlaubslandes herrschen Gewalt und Grauen. Diese Szenen zeigen Folter, offenbar in einem ägyptischen Polizeirevier.

Ägyptische Polizisten sollen das vor Jahren selbst gefilmt haben. Jedem, der seine Stimme gegen die Alleinherrschaft Mubaraks erhebt, blüht solches.

O-Ton

Jürgen Chrobog,

Staatssekretär Auswärtiges Amt 2001-2005:

„In der Zeit hat die Frage der Menschenrechte in Ägypten wahrscheinlich keine große Rolle gespielt. Denn es war auch kein virulentes Problem. Es war nicht so offenkundig, wie es heutzutage in Syrien und in diesen Ländern ist. Damals war das alles relativ latent. Es gab auch keinen Aufschrei in Ägypten selbst. Wenn man nach Ägypten fuhr, hat man nicht den Polizeistaat erfahren.“

O-Ton

Stefan Weidner,

Islam-Kenner und Publizist:

„Natürlich wusste unsere Politik von den Menschenrechtsverletzungen. Aber es war ihr egal oder sie glaubte, es müsse ihr egal sein, weil Stabilität wichtiger ist als Menschenrechte, Freiheit und Demokratie.“

Syrien. Am weitesten geht die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit dieser Diktatur. Deutsche Kriminalbeamte fahren in ein syrisches Gefängnis, um diesen Mann zu befragen: Haydar Zammar, ein Islamist aus Hamburg mit deutschem Pass. In Syrien wurde er offenbar gefoltert, eine Vernehmung danach also grob rechtsstaatswidrig.

Guido Steinberg ist damals Terrorismusreferent im Bundeskanzleramt. Alles sei dem Kampf gegen den Terror untergeordnet worden. Bedenken, mit dem Folterstaat Syrien zusammenzuarbeiten, habe es nicht gegeben.

O-Ton

Guido Steinberg,

Terror-Referent im Kanzleramt 2002-2005:

„Im Fall Syrien war natürlich allen Beteiligten bekannt, dass dort routinemäßig gefoltert wird, dass also auch im Fall Zammar davon auszugehen war, dass der Gefangene zumindest geschlagen worden war. Allerdings spielte das in der Frage, ob man einen solchen Gefangenen vernimmt oder nicht, natürlich keine Rolle.“

Zehn Jahre nach 09 /11 wanken die arabischen Diktaturen oder stürzen gar, wie hier in Ägypten. Nicht Terroristen stehen gegen den Alleinherrscher Mubarak auf, sondern das Volk, in wütendem, aber friedlichen Protest gegen Willkür, Unfreiheit und Folter. Deutschland steht auf der falschen Seite der Geschichte – späte Einsichten.

O-Ton

Jürgen Chrobog,

Staatssekretär Auswärtiges Amt 2002-2005:

„Wir haben nicht erkannt, bis sehr spät eigentlich, was das ägyptische Volk wirklich dachte. Das ist ja dann sehr schnell explodiert plötzlich.“

O-Ton

Kerstin Müller,

Staatsministerin Auswärtiges Amt 2002-2005:

„Leider ist eben diese Sicherheitskooperation, also den Islamismus zu bekämpfen, indem man auf Stabilität in diesen Ländern setzt, auf trügerische Stabilität, das war ein Fehler. Und das ist gescheitert, das muss man heute im Nachhinein sehen.“

Trotzdem hält die Bundesregierung weiter zu den verbleibenden arabischen Despoten, etwa König Abdullah von Saudi Arabien.

Abdullah ist der Hauptgegner der Demokratiebewegung, hat sogar schon Panzer gegen sie eingesetzt. Jetzt will ihm die Bundesregierung 200 Leopard II Panzer verkaufen. Die Begründung klingt bekannt: Saudi Arabien sei ja ein Stabilitätsfaktor in der Region.

Autoren: Stefan Buchen

Schnitt: Christian Wittmer